

21 Empfehlungen zur Bekämpfung von Hass in der Gesellschaft

Definition des Problems durch die Bürgerinnen und Bürger

An drei Wochenenden haben wir – das Europäische Bürgerforum „Hass in der Gesellschaft“, das sich aus 150 nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern aus den 27 EU-Mitgliedstaaten zusammensetzt – darüber diskutiert, wie wir mit Hass in unserer Gesellschaft umgehen können. Wir haben unterschiedliche Hintergründe, aber ein gemeinsames Problemverständnis. Dieses Forum ist sich bewusst, dass es verschiedene Ursachen und Triebkräfte gibt, die zur Entstehung und zum Fortbestehen von Hass in unserer Gesellschaft beitragen, und betont das komplexe Zusammenspiel von emotionalen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten.

- **Konflikte und historisches Erbe:** Historische und aktuelle Konflikte können dazu führen, dass Hass über Generationen hinweg weitergegeben wird. In der komplexen Geschichte Europas hat jeder Konflikt, jeder Krieg und jede geopolitische Spannung diesen Kreislauf befeuert. Ohne aktive Bemühungen, sich den Wunden der Vergangenheit zu stellen und sie zu heilen, setzt sich der durch Konflikte geschürte Hass fort und es besteht die Gefahr, dass der Kreislauf von Feindseligkeit und Spaltung weitergeht.
- **Wirtschaftliche und soziale Krise:** Rasche soziale und kulturelle Veränderungen wirken als starke Katalysatoren für Verlustängste und Benachteiligungsgefühle und führen zu einer Eskalation des Hasses. Dieser Hass kann sich gegen ein breites Spektrum von Gruppen und Bürgerinnen und Bürgern richten, die für die wirtschaftliche und soziale Krise verantwortlich gemacht werden. Soziopolitische und wirtschaftliche Faktoren führen nicht nur zu Ungleichheit, sondern können auch ein starker Motor für Unsicherheit und Angst sein.
- **Politik und Verantwortung:** Alle Politikerinnen und Politiker sowie alle Personen des öffentlichen Lebens tragen eine große Verantwortung, wenn es darum geht, gegen Hass anzugehen und ihn zu bekämpfen; es besteht aber auch die Gefahr, dass gerade sie Hass schüren, indem sie ethnische Gruppen unangemessen behandeln und Nationalismus sowie Spaltungen und Populismus zu ihrem persönlichen Vorteil ausnutzen. Es kommt immer wieder vor, dass Politikerinnen und Politiker sowie Personen des öffentlichen Lebens sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU Hetze einsetzen, um territoriale Ambitionen zu schüren und die Demokratie zu untergraben. Spaltungen werden vertieft, indem man lautstarken Argumenten den Vorrang vor vernünftigen Erörterungen und Überlegungen gibt, wodurch extreme Positionen und Verschwörungstheorien gestärkt werden.
- **Medien, Desinformation und Rechenschaftspflicht:** Die immer häufiger zu hörende Parole „Wir gegen die“ und der Hass auf bestimmte Gruppen werden durch traditionelle Medien und soziale Netze verschärft, oftmals aus Profitgier. Es kommt vor, dass traditionelle Medien bewusst Desinformation betreiben und hetzerische Narrative verbreiten. In den sozialen Netzen spielen Anonymität und manipulative Algorithmen eine entscheidende Rolle bei der Verbreitung von Hetze und Diskriminierung. Diese Netze fungieren als Kanäle zur Desinformation und zur

Verfestigung von Stereotypen, insbesondere zum Nachteil von Frauen und Jugendlichen, die erheblichem Online-Mobbing ausgesetzt sind. Dies wird zusätzlich dadurch verschärft, dass es an Rechenschaftspflicht der Netze sowie der Nutzerinnen und Nutzer mangelt.

- **Herdenmentalität, Vorurteile und Intoleranz:** Es liegt in der Natur des Menschen, dass er sich einer sozialen Gruppe oder Dynamik zugehörig fühlen möchte, dass er „wie alle anderen“ sein möchte. Dieser Wunsch kann manchmal so stark sein, dass er zu Hass und Intoleranz führt, zu einem „Wir gegen die“-Gefühl gegenüber „den anderen“. Diese Dynamik des Misstrauens und des Hasses betrifft vor allem schutzbedürftige Einzelpersonen und Gruppen, die aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihres Migrationsstatus, ihrer Religion, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, einer Behinderung, ihres Familienstands oder sozioökonomischer Faktoren ausgegrenzt werden. Mangelnde Aufklärung über unterschiedliche Identitäten und Kulturen, mangelnde Toleranz, mangelnde Debatten- und Kommunikationskultur sowie das Fehlen zuverlässiger Online-Informationen können Missverständnisse verstärken, Vorurteile verfestigen und zu Hass führen.

Diese Ursachen und Triebfedern von Hass betreffen alle Teile unserer Gesellschaft. Wir – Bürgerinnen und Bürger der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit unserem jeweils unterschiedlichen Hintergrund – sind überzeugt, dass die Bekämpfung von Hass in Europa und auf der ganzen Welt eine vorrangige Aufgabe ist. Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, auf der Grundlage der gemeinsamen Werte unserer Europäischen Union – Frieden, Freiheit und Gleichheit – und auf der Grundlage der Grundrechte, Hass in all seinen Formen auf individueller, gesellschaftlicher und institutioneller Ebene zu verhindern und zu bekämpfen. Wir empfehlen daher, in verschiedenen Bereichen Maßnahmen zu ergreifen, um diese Grundrechte zu schützen, Diskriminierung, Hass und Konflikte zu verhindern, die besonders schutzbedürftigen Mitglieder der Gesellschaft zu schützen und letztlich eine für alle Menschen respektvolle und gerechte EU zu gestalten.

Die Empfehlungen

Die folgenden Empfehlungen wurden in fünf Rubriken zusammengefasst:

- System zur Bekämpfung von Hassverbrechen und Hetze
- Rolle der Medien und der Politik
- Digitales und Technologie
- Bildung
- Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger und soziale Inklusion

System zur Bekämpfung von Hassverbrechen und Hetze

Empfehlung 1 – Eine europaweit einheitliche Definition: Kriminalisierung von Hetze

Wir empfehlen, dass die EU-Kommission eine vielfältig zusammengesetzte Arbeitsgruppe einrichtet, um die gemeinsame Definition von „illegaler Hetze“ zu aktualisieren und zu erweitern und die Verbreitung von illegaler Hetze wirksamer unter Strafe zu stellen. Bei der derzeitigen, 2008 angenommenen Begriffsbestimmung liegt der Schwerpunkt auf Rassismus

und Fremdenfeindlichkeit, während andere Formen von Hass, wie Behindertenfeindlichkeit und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung, des Geschlechts, des Alters usw., nicht berücksichtigt werden. Dieser veraltete Begriff muss dringend überarbeitet werden, um den inklusiven Werten unserer modernen Gesellschaft Rechnung zu tragen.

Eine neue, umfassende Definition ist von entscheidender Bedeutung, um die Verbreitung illegaler Hetze zu einer Straftat zu machen, die in allen EU-Mitgliedstaaten verfolgt werden kann. Durch diese Anpassung wird sichergestellt, dass alle Formen von Hetze einheitlich anerkannt und bestraft werden, wodurch unser Engagement für eine inklusivere und respektvollere Gesellschaft gestärkt wird.

Indem wir Hetze in die Liste der EU-Straftatbestände aufnehmen, können wir marginalisierte Gemeinschaften schützen und die Menschenwürde wahren. Bei dieser Initiative wird zwischen illegaler Hetze und freier Meinungsäußerung unterschieden, um ein Gleichgewicht zwischen den Grundrechten und der Notwendigkeit, Diskriminierung und Hass zu bekämpfen, sicherzustellen.

Begründung:

Fördert den sozialen Zusammenhalt: Eine Aktualisierung der Definition, die alle Formen von Hetze einschließt, fördert eine inklusivere Gesellschaft, in der sich alle respektiert und wertgeschätzt fühlen. Dies fördert den sozialen Zusammenhalt und verringert die durch ungezügelte Hetze verursachte Spaltung.

Sorgt für mehr Rechtsklarheit: Durch eine in allen EU-Mitgliedstaaten einheitliche Definition werden Unstimmigkeiten und Lücken beim Rechtsschutz beseitigt. Durch diese Klarheit wird sichergestellt, dass Personen, die Hetze betreiben oder verbreiten, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, unabhängig davon, wo in der EU sie sich befinden.

Schützt marginalisierte Gemeinschaften: Durch die Ausweitung der Definition auf weitere Formen der Diskriminierung werden Randgruppen besser geschützt, da sie weniger verletzenden und herabwürdigenden Äußerungen ausgesetzt sind.

Stärkt die Menschenrechte: Indem sie alle Formen von Hetze unter Strafe stellt, bekräftigt die EU ihr Engagement für die Menschenrechte und die Menschenwürde und bringt den Rechtsrahmen in Einklang mit einer zeitgemäßen Auffassung der Werte Gleichheit und Respekt.

Sorgt für ein Gleichgewicht zwischen verschiedenen Freiheiten: Bei diesem Ansatz wird sorgfältig zwischen Hetze und freier Meinungsäußerung unterschieden, um sicherzustellen, dass die Meinungsfreiheit geschützt ist und gleichzeitig Äußerungen verhindert werden, durch die zu Gewalt, Hass oder Diskriminierung aufgestachelt wird.

Fördert Empathie und Verständnis: Die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Sichtweisen und die Kriminalisierung von Hetze fördern die Empathie und das Verständnis zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und tragen so zu einer harmonischeren und respektvolleren Gesellschaft bei.

Die Umsetzung dieser Empfehlung wird zu einem gerechteren Europa mit stärkerem Zusammenhalt führen, in dem alle Menschen, unabhängig von ihrer Identität, ohne Angst vor Hass und Diskriminierung leben können.

Kurzfassung der Empfehlung:

- Einrichtung einer vielfältig zusammengesetzten Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer umfassenden Definition von „illegaler Hetze“, die alle Formen von Diskriminierung umfasst.
- Aktualisierung der veralteten Definition aus dem Jahr 2008, um alle Arten von Hetze einzubeziehen.
- EU-weit einheitliche Feststellung und Bestrafung von Hetze.
- Verbreitung illegaler Hetze in allen EU-Mitgliedstaaten zu einer Straftat machen.

Empfehlung 2 – Europäisches Protokoll für eine wirksame Reaktion auf Meldungen von Hasskriminalität

Wir empfehlen ein klares und einheitliches Verfahren für die Anzeige von Hassverbrechen in allen EU-Mitgliedstaaten. Dieses rechtliche Verfahren sollte in Organisationen, die mit Opfern von Hassverbrechen interagieren, wirksam umgesetzt werden. Wir schlagen vor, alle zuvor vorgeschlagenen und nicht wirksamen Maßnahmen zu überarbeiten und ein einfaches Verfahren zu entwickeln, damit Opfer und Zeugen alle Straftaten, einschließlich Straftaten auf Online-Plattformen, sicher zur Anzeige bringen können.

Erstens sollten bei dem Verfahren sowohl für die Opfer als auch für die Zeuginnen und Zeugen von Hassverbrechen sichere Bedingungen für die Anzeige sichergestellt sein. Indem für die Sicherheit dieser Personen Sorge getragen wird, kann die Zahl der angezeigten Straftaten erhöht werden. Dazu gehören rechtliche und psychologische Schutzmaßnahmen und, falls erforderlich, physischer Schutz vor Personen, die Rache nehmen möchten. Im Rahmen des Verfahrens könnte auch mit Straftäterinnen und -tätern zusammengearbeitet werden, die in vielen Fällen möglicherweise zuvor selbst Opfer von Hass waren.

Zweitens sollten alle Akteure der Anzeigekette in das Verfahren einbezogen werden, um das Risiko einer sekundären Viktimisierung und einer Verschärfung von Traumata zu verringern. Schließlich sollte das Verfahren durch einen geeigneten Online-Kanal für die sichere Anzeige von Straftaten unterstützt werden.

Begründung:

Diese Empfehlung ist wichtig, weil sie dazu beiträgt, die sekundäre Viktimisierung von Opfern zu vermeiden und/oder zu minimieren. Das Verfahren ermöglicht eine schnelle Reaktion und Hilfe für die Opfer sowie Unterstützung und Schutz für die Zeugen. Ein solches Verfahren wird auch die Maßnahmen der Dienststellen, bei denen die jeweilige Anzeige eingeht, erleichtern. Wenn sich das Verfahren bewährt, wird die Gesellschaft ermutigt, häufiger auf Straftaten zu reagieren und diese häufiger zur Anzeige zu bringen.

Kurzfassung der Empfehlung:

- Einführung eines klaren und einheitlichen Verfahrens für die Anzeige von Hassverbrechen in allen EU-Mitgliedstaaten.
- Überarbeitung aller zuvor vorgeschlagenen und nicht wirksamen Maßnahmen und Entwicklung eines einfachen Verfahrens, damit Opfer und Zeugen alle Straftaten, einschließlich Straftaten auf Online-Plattformen, sicher zur Anzeige bringen können.
- Einführung eines Online-Kanals für die sichere Anzeige von Straftaten.

Empfehlung 3 – Nationales Amt für die Bekämpfung von Hass in den Mitgliedstaaten

Wir empfehlen, in jedem Mitgliedstaat ein unabhängiges Amt für die Bekämpfung von Hass einzurichten. Wir brauchen eine starke Einrichtung mit rechtlichen Befugnissen und wirksamer Kommunikation, die den Menschen durch ein objektives und unabhängiges System zur Anzeige von Straftaten konkrete Unterstützung bietet.

Erstens wird das Amt dafür zuständig sein, jedem Opfer von Hassverbrechen im betreffenden Mitgliedstaat rechtliche und psychologische Unterstützung zu gewähren, wobei es eng mit nichtstaatlichen Organisationen und einem Bürgerausschuss zusammenarbeitet. Das Amt wird eine Plattform bereitstellen, die es den Opfern ermöglicht, Hassverbrechen sicher und wirksam zur Anzeige zu bringen.

Zweitens wird das Amt zur Erfüllung seines Mandats eng mit der Hochrangigen Gruppe der EU zur Bekämpfung von Hetze und Hasskriminalität oder einem vergleichbaren Gremium zusammenarbeiten und die Umsetzung von Verhaltenskodizes für Unternehmen, Organisationen und Politikerinnen und Politiker sicherstellen. Diese Zusammenarbeit wird dazu beitragen, ein wirksames und unterstützendes Umfeld für die Opfer zu schaffen. Darüber hinaus könnte das Amt Einzelpersonen, die Rat suchen, Informationen und bewährte Verfahren zur Verfügung stellen. Das Personal des Amtes sollte auf Amtszeitbasis tätig sein.

Drittens wird das Amt Instrumente, Programme, Mechanismen und Materialien der EU über Hass verbreiten und dafür sorgen, dass sie Bildungseinrichtungen, Verwaltungseinrichtungen und die breite Öffentlichkeit auf nationaler und regionaler Ebene erreichen. Zu diesem Zweck wird das Amt Schulungen für die Dienststellen anbieten, die an der ersten Reaktion nach der Anzeige beteiligt sind.

Ferner wird das Amt Daten über Hassverbrechen sammeln, um wirksame Reaktionen auf die künftigen Bedürfnisse der Bevölkerung zu entwickeln.

Begründung:

Hasskriminalität hat in unseren polarisierten Gesellschaften zugenommen, wodurch sich das Wohlergehen der Menschen verschlechtert. Um Hasskriminalität zu verhindern, auf sie zu reagieren und sich um die Opfer zu kümmern, müssen wirksame Institutionen und Mechanismen vorhanden sein. Zudem steht am Anfang eines jeden Verbrechens ein Gedanke oder ein Wort. Um die Erziehung zum Respekt sicherzustellen und das Bewusstsein zu schärfen, ist es notwendig, eine spezielle Einrichtung zu schaffen, die Hassverbrechen verhindert und die Opfer unterstützt, zumal eine solche Stelle noch nicht existiert, aber dringend erforderlich ist.

Kurzfassung der Empfehlung:

- Schaffung eines wirksamen und unterstützenden Umfelds für Opfer.
- Einrichtung eines unabhängigen Amtes für die Bekämpfung von Hass in jedem Mitgliedstaat.

Zur Erfüllung seines Mandats wird das Amt eng mit der Hochrangigen Gruppe der EU zur Bekämpfung von Hetze und Hasskriminalität oder einem vergleichbaren Gremium zusammenarbeiten.

Empfehlung 4 – Bildung für Toleranz (T4T)

Wir empfehlen, dass die EU die bestehenden Schulungen zu Hasskriminalität, Hetze und gewaltfreier Kommunikation besser bekannt macht und bei bestimmten Zielgruppen für sie wirbt. Grundsätzlich sollten alle gesellschaftlichen Gruppen besser aufgeklärt werden und Fähigkeiten entwickeln, um gegen Hass anzugehen. Wir vertreten allerdings die Auffassung, dass es besonders wichtig ist, Menschen, die im öffentlichen Dienst arbeiten (z. B. Polizei oder Sozialdienste), besser zu schulen. Sie sind sie nämlich oft die Ersten, mit denen Opfer und Betroffene zu tun haben, nachdem sie Hass erfahren haben. Es ist besonders wichtig, dass Staatsbedienstete in der Lage sind, sensibel mit dem Thema und der jeweiligen Person umzugehen. Es sollte ein regelmäßiges Schulungsangebot für Staatsbedienstete in den EU-Mitgliedstaaten geben, wobei die Schulungen sowohl vor Ort als auch online durchgeführt werden können. Eine weitere wichtige Zielgruppe sind die Autorinnen und Autoren von Inhalten („Content Creators“), sowohl als Teilnehmende als auch als Botschafterinnen und Botschafter der Schulungen. Sie haben großen Einfluss auf jüngere Zielgruppen und wirken als Multiplikatoren. Menschen, die in der EU in öffentlichen Funktionen tätig sind, sollten mit gutem Beispiel vorangehen und die Schulungen ebenfalls absolvieren. Um die Schulungsmöglichkeiten für die breite Bevölkerung zugänglich zu machen, könnten Gewerkschaften oder andere Organisationen einbezogen werden, um für die Schulungen zu werben. Es könnten auch Anzeigen in Lokalzeitungen geschaltet werden. Für den erfolgreichen Abschluss der Schulung erhalten die Teilnehmenden ein Zertifikat, mit dem sie ihre erworbene Kompetenz im Umgang mit Hass gegenüber Dritten belegen können.

Begründung:

Die Hasspyramide beginnt mit den Stereotypen und Klischees, die wir in unserem Kopf haben. Diese werden durch Hetze gefördert. Daher ist es wichtig, das Problem an der Wurzel anzupacken. Schulungen wirken sich nicht nur auf die Personen aus, die sie absolvieren, sondern auch auf die Menschen in ihrem Umfeld. Schulungen sind eine wichtige Ergänzung zur formalen Bildung (z. B. in der Schule oder an der Universität). Die EU bietet schon heute viele gut bewertete Programme und Schulungsmaterialien an. Diese sind jedoch schwer zu finden. Um sicherzustellen, dass die entwickelten Programme tatsächlich wirksam und nachhaltig sind und die Zielgruppe erreichen, müssen sie besser beworben werden. Wichtig ist auch der Fokus auf die Menschen im öffentlichen Dienst, da es immer noch zu viele Fälle von Betroffenen gibt, die negative Erfahrungen mit staatlichen Stellen gemacht haben.

Kurzfassung der Empfehlung:

- Werben für die bestehenden EU-Schulungskurse zu Hasskriminalität, Hetze und gewaltfreier Kommunikation, wobei insbesondere Beschäftigte im öffentlichen Dienst sowie Autorinnen und Autoren von Inhalten angesprochen werden sollten.
- Regelmäßige Vor-Ort- und Online-Schulungen für Staatsbedienstete zum sensiblen und wirkungsvollen Umgang mit dem Problemkreis „Hass“.
- Einbeziehung von Gewerkschaften und Lokalzeitungen, um das Bewusstsein zu schärfen und die Teilnahme an Schulungen zu fördern.
- Ausstellung von Zertifikaten an die Teilnehmenden, damit sie ihre Kompetenz im Umgang mit dem Problemkreis „Hass“ gegenüber Dritten belegen können.

Empfehlung 5 – Sensibilisierung für Hass: Bestehende Maßnahmen und Möglichkeiten, Hass im Rahmen einer öffentlichen Kampagne zu bekämpfen.

Wir empfehlen, dass die EU eine öffentliche Kampagne über die Gefahren und die Ursachen von Hass sowie über die Maßnahmen gegen Hass (sowohl online als auch offline) durchführt, um das Bewusstsein zu schärfen und die Bevölkerung über die Verbreitung von Hass und die damit verbundenen Gefahren aufzuklären. Zugleich sollte im Rahmen dieser Kampagne über die verschiedenen EU-Initiativen gegen Hass und die verfügbaren Unterstützungskanäle und Maßnahmen für die Opfer informiert werden.

Um Kampagnen zur Bekämpfung von Hass so wirksam wie möglich zu gestalten, empfehlen wir, die Zielgruppen, den Ansatz, die Kanäle und den Inhalt klar zu definieren und zu spezifizieren. Dadurch sollte Folgendes erreicht werden:

- Ausrichtung der Kampagne sowohl auf die breite Öffentlichkeit als auch auf spezifische und wichtige Gruppen (z. B. Opfer, Täterinnen und Täter, Kinder);
- Erstellung von Botschaften, die auf diese unterschiedlichen Gruppen und den Kontext der verschiedenen EU-Mitgliedstaaten zugeschnitten sind, unter Verwendung lockerer und zugänglicher Ansätze, die auf den jeweiligen Kontext der einzelnen Mitgliedstaaten zugeschnitten sind.
- Betonung, dass es in der Verantwortung aller EU-Bürgerinnen und -Bürger liegt, dem Hass, dem sie in ihrem eigenen Leben begegnen, entgegenzutreten und ihn zu bekämpfen, wobei ihnen praktisch nutzbare Instrumente und Informationen im Hinblick auf das konkrete Vorgehen zur Verfügung gestellt werden sollten.
- Nutzung traditioneller und unkonventioneller Kommunikationskanäle, offline und online, um die Botschaften gegen Hass zu verbreiten, damit über wirksamere und benutzerfreundlichere Kanäle verschiedene Teilbereiche der Gesellschaft erreicht werden.
- Einbeziehung der traditionellen Medien und der sozialen Medien sowie von Influencern und Stimmen von Opfern in die Ausarbeitung und Verbreitung dieser Botschaften, um sicherzustellen, dass sie effektiver sind und die richtigen Menschen erreichen.

Begründung:

Obwohl wir auf EU-Ebene bereits über unterschiedliche Rahmen zur Bekämpfung von Hass verfügen, wurde bislang nicht genug getan, um die europäischen Bürgerinnen und Bürger über diese Initiativen zu informieren. Die meisten EU-Bürgerinnen und -Bürger wissen nicht, welche Programme, Initiativen und Regelungen sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene existieren. Berichte, Nachrichten und Debatten über Hass konzentrieren sich meist auf Fälle von Hass und darauf, was falsch läuft, was zwar wichtig ist, aber ein deprimierendes und einseitiges Bild vermittelt. Daher sollte es auch positive Berichte darüber geben, wie Hass bekämpft wird, sowie praktische Vorschläge dafür, was die Menschen gegen Hass tun können. Wir empfehlen eine Sensibilisierungskampagne anstelle von harten Gesetzen oder Verhaltenskodizes darüber, was Influencer und professionelle Medienkanäle sagen dürfen, da ein harter Ansatz als Zensur wahrgenommen werden könnte und zu Gegenreaktionen und Unzufriedenheit bei Menschen mit unterschiedlichen Ansichten und der Gesellschaft insgesamt führen könnte. Durch die Konzentration auf Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung könnten die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, die Bedeutung des Themas zu erfassen und einen Beitrag zur Umsetzung von Lösungen und zur Bekämpfung von Hass in ihrem eigenen Leben zu leisten.

Spezifikationen:

Zielgruppen: Es ist wichtig, durch diese Sensibilisierungskampagne weite Teile der Gesellschaft zu erreichen, die öffentliche Meinung zu ändern und sicherzustellen, dass Meinungs- und Verhaltensänderungen nachhaltig sind. Dadurch wird auch sichergestellt, dass Menschen, die bereits Werte zur Bekämpfung von Hass haben, weiterhin entsprechend handeln. Um sicherzustellen, dass diese Kampagnen wirksam und schlagkräftig sind, müssen die Kampagnen und Botschaften auf verschiedene Zielgruppen wie Opfer, Verbündete, Kinder, Eltern, Lehrkräfte sowie Täterinnen und Täter zugeschnitten werden. Indem wir die Beweggründe für hasserfüllte Emotionen erklären, können wir Menschen, die sich hasserfüllt äußern oder verhalten, dabei helfen, sowohl ihre Motive als auch die Auswirkungen ihres Handelns zu verstehen. Die Kampagnen sollten auch in Nicht-EU-Sprachen durchgeführt werden, um Menschen zu erreichen, die die Sprache des Staates, in dem sie wohnen, nicht sprechen.

Kanäle: Es sollte eine breite Palette von Kanälen genutzt werden, um die Bevölkerung darüber aufzuklären, was verbotene und schädliche Hetze ist und welche Verhaltensweisen empfohlen werden, und um sie über verschiedene Initiativen und Maßnahmen zu informieren, die in der EU bereits bestehen. Zusätzlich zu sozialen Medien, Fernsehkanälen und Filmproduktionen sollten für die Kampagne eine Vielzahl kreativer, ungewöhnlicher und augenfälliger Offline-Mittel eingesetzt werden, darunter Plakatwände, verschiedene Zeitungen, spezielle Veröffentlichungen zum Thema (eventuell kostenlos), LKW, Radio, Bildschirme in U-Bahnen / öffentlichen Verkehrsmitteln, Supermarkt-Prospekte, Zeitungen, Kassenzettel (wie bei einer österreichischen Kampagne zum Thema Gewalt gegen Frauen) und ähnliche Maßnahmen. Insbesondere könnte ein kostenloser Film zu diesem Thema in der gesamten EU kostenlos ausgestrahlt werden. Ein weiterer wichtiger Ansatz ist die Einbeziehung von Influencern wie Schauspielerinnen und Schauspielern, Sängerinnen und Sängern und Medienschaffenden in die Sensibilisierungskampagnen, um die jüngere Generation und andere Zielgruppen mit für sie geeigneten Formaten zu erreichen. Außerdem empfehlen wir die Zusammenarbeit mit Influencern, die selbst Opfer sind, bei der Erstellung und Verbreitung dieser Botschaften.

Inhalt: Um sicherzustellen, dass die Kampagnen gut konzipiert werden, sollten Fachleute aus verschiedenen Bereichen (Werbung, Psychologie, Opfergruppen usw.) und eine breit gefächerte Fokusgruppe, das sich aus den verschiedenen Zielgruppen zusammensetzt, die mit der Kampagne erreicht werden sollen (Opfer, Influencer, jüngere Menschen usw.), in die Gestaltung der Inhalte einbezogen werden. Die Kampagnen sollten auf verschiedene Arten von Hass zugeschnitten sein, z. B. gegen Minderheiten, Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderungen, LGBTQI+, Roma und Juden. Sie müssen auch auf die Situation in den verschiedenen EU-Ländern zugeschnitten sein und auf bestehenden Initiativen und Maßnahmen aufbauen. Die Kampagnen sollten sich im Übrigen auf positive Botschaften zur Förderung einer EU ohne Hass sowie auf Informationen über bestehende und wirksame Maßnahmen und Initiativen zur Bekämpfung von Hass konzentrieren. Zudem sollte in den nationalen Nachrichten mehr über die Aktivitäten, Debatten und Initiativen der Organe und Einrichtungen der EU berichtet werden.

Ansatz: Diese Kampagne sollte ansprechend und humorvoll sein, um die Menschen wirklich zu erreichen und zu verändern (im Gegensatz dazu, wie die meisten Bürgerinnen und Bürger die meisten EU-Kampagnen wahrnehmen). Sie sollte sich auch auf eine direktere Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger konzentrieren. So könnte die EU beispielsweise öffentliche

Wettbewerbe oder Preise ins Leben rufen, um die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger für kreative und wirksame Kampagnenkonzepte zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollte die Kampagne Freiwilligentätigkeit und bürgerschaftliches Engagement fördern. Es sollten verschiedene Interessengruppen, z. B. Menschen, die in die Lage versetzt werden, ihre persönliche Geschichte mit anderen zu teilen, sowie große Unternehmen oder Medien auf freiwilliger Basis einbezogen werden. Beispielsweise könnten Führungskräfte mit schutzbedürftigen gesellschaftlichen Gruppen zusammenarbeiten und Opfer miteinander in Kontakt bringen. Die für die Erreichung dieser Ziele erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen müssen bereitgestellt werden. Die Kampagnen könnten sich auch auf die Sensibilisierung von Sportlerinnen und Sportlern sowie des Publikums konzentrieren, indem sie Vereine und Medien sowie Politikerinnen und Politiker einbeziehen, um das Problem „Hetze“ anzugehen. Wir regen dazu an, kreativere, witzigere und einprägsamere Ansätze zu wählen, z. B. eine Kampagne mit dem Logo „Nudeln gegen Hass“ mit einem QR-Code, der zu Informationen über die Initiative führt, auf Nudelverpackungen oder anderen Lebensmittelverpackungen (alternativ auf Toilettenpapier), je nachdem, welche Produkte in den einzelnen Mitgliedstaaten am beliebtesten sind.

Kurzfassung der Empfehlung:

- Ausrichtung der Kampagne sowohl auf die breite Öffentlichkeit als auch auf spezifische und wichtige Gruppen (z. B. Opfer, Täterinnen und Täter, Kinder) mit einer Reihe von Botschaften, die auf diese unterschiedlichen Gruppen und den Kontext verschiedener EU-Mitgliedstaaten zugeschnitten sind.
- In der Kampagne sollte auch die Verantwortung aller EU-Bürgerinnen und -Bürger hervorgehoben werden, gegen Hass vorzugehen, mit dem sie in ihrem eigenen Leben konfrontiert sind, und es sollten praktikable Instrumente und Informationen darüber bereitgestellt werden, wie sie dies tun können.
- Nutzung traditioneller und unkonventioneller Kommunikationskanäle, offline und online, um die Botschaften gegen Hass zu verbreiten, damit über wirksamere und benutzerfreundlichere Kanäle verschiedene Teilbereiche der Gesellschaft erreicht werden.
- Einbeziehung der traditionellen Medien und der sozialen Medien sowie von Influencern und Stimmen von Opfern in die Ausarbeitung und Verbreitung dieser Botschaften, um sicherzustellen, dass sie effektiver sind und die richtigen Menschen erreichen.

Empfehlung 6 – Werbebotschaften gegen Hass

Wir empfehlen, zur Bekämpfung von Hass die folgende Kommunikationsstrategie in Betracht zu ziehen:

- Kurze Textnachrichten zum Thema „Inklusion für alle Bürgerinnen und Bürger“ zum Abonnieren auf das Mobiltelefon (beispielsweise einmal pro Woche oder einmal pro Monat),
- Plakate zur Förderung von Inklusion, an Bushaltestellen,
- Große Plakatwände, um Menschen zu erreichen, die der sozialen Medien überdrüssig sind, z. B. Verwendung der Plakatwände zur Europawahl für positive Botschaften zur Bekämpfung von Hetze,
- Google-Anzeigen zur Bekämpfung von Hass, die man abonnieren kann,

- Erstellung von Emojis und Memes für Anti-Hass-Botschaften,
- Positive Botschaften, die in bestehende amtliche Mitteilungen (z. B. Schreiben von staatlichen Stellen) aufgenommen werden,
- Sensibilisierungsvideos, die im Fernsehen oder im Kino vor einem Film abgespielt werden (wenn möglich, als positive Verstärkung),
- Nutzung der Eröffnungsveranstaltungen von Sportereignissen (wie den Olympischen Spielen oder der Fußballweltmeisterschaft) zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit, wie beispielsweise die Queen mit dem Bären Paddington bei den Olympischen Spielen in London, was ein wohltuender und herzerwärmender Inhalt war,
- Längere Videos, die bei Sportereignissen abgespielt werden, mit dem „Clou“, dass eine der betreffenden Spielerinnen oder einer der betreffenden Spieler im Video mitspielt (z. B. eine Fußballerin oder ein Fußballer bei Fußballspielen);
- Kampagnen mit Prominenten/Influencern (wie Pommelen in Belgien) zur Sensibilisierung für den Themenbereich „Hass“.

Begründung:

Dies wird Folgendes herbeiführen:

- Ein gesünderes und sichereres Umfeld in den sozialen Medien und eine andere Art von sozialen Medien, in denen der zwischenmenschliche Aspekt einen höheren Stellenwert hat.
- Eine gesündere, stärker sensibilisierte und glücklichere Gesellschaft.
- Ein besseres Europa mit weniger Polarisierung.
- Eine Situation, in der eine Eskalation verhindert und die Dinge wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.

Kurzfassung der Empfehlung:

- Ganzheitliche Kommunikation für alle Altersgruppen auf digitalen Kanälen zur Förderung von Empathie, Inklusion und Akzeptanz gegenüber Gruppen/Personen mit unterschiedlichem Hintergrund.
- Es sind Kommunikationsfachleute erforderlich, um die Inhalte und die Strategie für die verschiedenen Plattformen und die unterschiedlichen Zielgruppen zu entwickeln.
- Indirekte/implizite Kommunikation, beispielsweise durch eine Schaltfläche „Respekt“, in der Art des „Daumen hoch“-Emojis.

Empfehlung 7 – Schaffung einer EU-weiten Plattform, auf der Informationen, Ressourcen, Maßnahmen und Unterstützungssysteme zum Thema Hass gebündelt werden

Wir empfehlen die Einrichtung einer von der EU betriebenen Plattform, die leicht zu navigieren und kostenlos ist und Zugang zu Informationsmaterialien wie Definitionen, Artikeln, Videos und anderen Initiativen von Organisationen bietet, die sich mit der Bekämpfung von Hass befassen. Stil und Struktur der Plattform sollten benutzerfreundlich sein. Dementsprechend könnte sie einen Bereich enthalten, der sich an junge Menschen richtet und Informationen über Themen, mit denen sie im Alltag konfrontiert sein könnten, sowie praktische Tipps enthält. Der Schwerpunkt sollte auf den Maßnahmen liegen, die den Opfern erfolgreich geholfen haben, sowie auf praktischen Ratschlägen für Menschen in der gesamten Gesellschaft, wie sie Opfer wirksam unterstützen können, insbesondere in alltäglichen Situationen, in denen sie möglicherweise Zeugen hasserfüllten Verhaltens werden. Die Menschen sollten auch die Möglichkeit haben, mit anderen, die ähnliche Probleme haben, in

Kontakt zu treten und sie zu unterstützen. Darüber hinaus könnten auf der Plattform die Problemstellung, die Empfehlungen und alle einschlägigen Materialien des Europäischen Bürgerforums „Hass in der Gesellschaft“ zusammengestellt werden.

Um die Wirksamkeit sicherzustellen, könnte künstliche Intelligenz den Menschen dabei helfen, natürlicher mit dem System zu interagieren und relevante Inhalte zu finden, z. B. indem Opfer und Verbündete Ratschläge und Empfehlungen erhalten und an die richtigen Kanäle und Organisationen verwiesen werden, um Unterstützung zu erhalten. Überdies könnte die Plattform bestimmte Optionen vorsehen, mit denen die Nutzerinnen und Nutzer spezifisches Feedback darüber geben können, welche Ressourcen hilfreich waren und wie sie weiter verbessert werden könnten.

Darüber hinaus sollte diese Website die Menschen stärken und dazu ermutigen und befähigen, kritisch über diese Themen nachzudenken, anstatt übermäßig restriktiv oder anmaßend zu sein, was die Menschen abschrecken könnte. Dies könnte insbesondere für Täterinnen und Täter oder Personen, die für Hetze und Hassbotschaften anfälliger sind, von Bedeutung sein, um kritisches Denken und den Erwerb von Wissen zu fördern. Es sollte für Unterstützung und Moderation Sorge getragen werden, um die freie Meinungsäußerung zu gewährleisten, konstruktive Debatten zu ermöglichen, die Inhalte zu kontrollieren und eine Eskalation zu verhindern.

Große Social-Media-Unternehmen könnten bei der Einrichtung einer Funktion behilflich sein, durch die Nutzerinnen und Nutzer auf die Plattform weitergeleitet werden, um Unterstützung zu erhalten, wenn sie Beiträge für hasserfüllt erachten. Es könnte Weiterleitungsprogramme oder Belohnungssysteme geben, die mit der Website verlinkt sind, wobei sie kreativ und für verschiedene Teilgruppen der Bevölkerung attraktiv sein sollten.

Begründung:

Das Ziel dieser Empfehlung ist es, eine Plattform zu schaffen, die nicht als Ersatz für vergleichbare, bereits bestehende Ideen gedacht ist, sondern als Datenbank mit nützlichen Ressourcen dient. Daher sollte die Plattform mit anderen, bereits bestehenden Websites, Ressourcen zum Thema Hass und Kanälen zur Unterstützung von Opfern von Hass und besonders gefährdeten Gruppen verknüpft sowie möglichst einfach und hilfreich gestaltet werden. Ein weiteres Ziel der Plattform besteht darin, das Bewusstsein zu schärfen und eine bewusste Zusammenarbeit mit den einschlägigen Ressourcen zu fördern. Auch wenn es eine Vielzahl unterschiedlicher Initiativen, Ressourcen und Kampagnen gibt, wissen die meisten Menschen nicht, wo sie all diese Informationen und Hilfen finden können. Eine zentrale Plattform, auf der die Menschen Zugang zu all diesen Informationen haben, könnte dies ermöglichen. Die Website könnte auch eine Sensibilisierungskampagne enthalten.

Der Austausch von Mensch zu Mensch auf der Plattform (z. B. über eine Chat-Funktion) könnte den Menschen dabei helfen, Emotionen, unterschiedliche Erfahrungen und Hindernisse in Echtzeit und bequem von zu Hause aus zu verstehen. Zudem könnten Opfer auf diese Weise ihre Erfahrungen mitteilen und mit jemandem in Kontakt treten, der ihnen helfen kann, sich besser zu fühlen, wodurch ihre Belastung gemindert würde.

Eine Herausforderung bei dieser Plattform besteht darin, dass es schwierig sein könnte, sie zu implementieren und sicherzustellen, dass die Struktur der Website für die Bürgerinnen und Bürger einfach zu verstehen, zugänglich und navigierbar ist. Außerdem wird es eine Herausforderung sein, die Website so interessant zu gestalten, dass zahlreiche EU-Bürgerinnen und -Bürger sie gerne besuchen. Im Übrigen ist sich das Forum der Herausforderungen durchaus bewusst, die mit der Erstellung einer solchen Website in allen erforderlichen

Sprachen einhergehen – aber wir sind davon überzeugt, dass sich diese Bemühungen lohnen werden. Wenn die Menschen auf der Website ihre persönlichen Geschichten als Opfer austauschen können, könnte dies die emotionale Bindung und die Wirksamkeit erhöhen. Hass ist ein Phänomen, das es schon vor dem Internet gab, auch wenn es durch das Internet möglicherweise verschärft worden ist, und es wird sich nicht einfach durch eine einzige Plattform überwinden lassen. Das Forum vertritt jedoch die Auffassung, dass die Plattform ein wirksames Mittel sein könnte, um das Bewusstsein und das Wissen hinsichtlich der Verbreitung von Hass zu erhöhen, aber auch, um die Menschen in die Lage zu versetzen, den Hass, dem sie sowohl offline als auch online begegnen, zu verringern und mit ihm umzugehen.

Kurzfassung der Empfehlung:

- Wir schlagen vor, eine leicht zugängliche, von der EU betriebene Plattform einzurichten, die als zentrale Anlaufstelle Informationen, Definitionen von Schlüsselbegriffen, Daten über die negativen Auswirkungen von Hass, praktische und relevante Ressourcen, Links zu anderen Plattformen, Initiativen und Organisationen sowie einen Überblick über bestehende Maßnahmen und Unterstützungssysteme in den verschiedenen Mitgliedstaaten bietet.
- Die Plattform sollte mit anderen bestehenden Maßnahmen, Plattformen und Websites verbunden werden, die sich auf nationaler und EU-Ebene mit der Bekämpfung von Hass befassen, um es den Nutzerinnen und Nutzern so einfach wie möglich zu machen, die benötigten Informationen und die benötigte Unterstützung zu erhalten und Doppelarbeit zu vermeiden.
- Die Website könnte auch als Teil der Sensibilisierungskampagne genutzt werden und sollte aktiv über die sozialen Medien, Fernsehspots und andere Massenmedien beworben werden.

Rolle der Medien und der Politik

Empfehlung 8 – Einrichtung eines unabhängigen Vertrauensgremiums

Wir schlagen vor, ein unabhängiges Vertrauensgremium einzurichten, das einen Verhaltenskodex für Mitglieder des Europäischen Parlaments erstellt sowie eine Überwachung im Hinblick auf Hetze und Desinformation durchführt. Das Vertrauensgremium sollte sich aus Fachleuten unterschiedlicher Disziplinen zusammensetzen (z. B. Bürgerinnen und Bürger, nichtstaatliche Organisationen, Fachleute aus den Bereichen Rechtswissenschaft, Psychologie, Soziologie und Politologie) und von Bürgerinnen und Bürgern kontrolliert werden. Um eine breite Repräsentation zu gewährleisten, werden die Bürgerinnen und Bürger nach dem Zufallsprinzip ausgewählt, wobei Kriterien anzuwenden sind, die eine bessere Repräsentation benachteiligter Gruppen der Gesellschaft sicherstellen. Nach seiner Einsetzung berät und beschließt das Gremium über einen Verhaltenskodex, der für Amtspersonen und Behörden gilt. Der Verhaltenskodex kann angepasst werden. Das Vertrauensgremium stützt sich auf den Verhaltenskodex, um Daten zu sammeln, die Umsetzung zu überwachen und weitere Leitlinien zur Erkennung und Bekämpfung von Hetze auszuarbeiten. Das Vertrauensgremium verfügt auch über eine offizielle Anlaufstelle für EU-Bürgerinnen und -Bürger, um Verstöße und Hetze von Politikerinnen und Politikern anzuzeigen. Die Mitglieder werden turnusmäßig wechseln, um den Pluralismus innerhalb des Gremiums sicherzustellen. Um seine Integrität zu wahren,

wird das Gremium strenge Regeln für die Mitgliedschaft im Vertrauensgremium durchsetzen, damit Interessenkonflikte seiner Mitglieder vermieden werden.

Begründung:

Ein Vertrauensgremium, das die Umsetzung eines Verhaltenskodexes gegen Hetze überwacht und nachverfolgt und den Kodex weiterentwickelt, ist notwendig, um Einzelpersonen und Gemeinschaften vor den schädlichen Auswirkungen von Hetze – insbesondere durch Amtsträger und Behörden – zu schützen. Durch die Ausarbeitung eines umfassenden Verhaltenskodexes auf der Grundlage der Beiträge von Fachleuten aus den Bereichen Psychologie, Soziologie usw. sowie von Bürgerinnen und Bürgern kann dieses Gremium klare Leitlinien und Verhaltensvorgaben aufstellen. Ein solches Vertrauensgremium ist unerlässlich, um das Vertrauen in die Institutionen sowie in die Volksvertreterinnen und -vertreter wiederherzustellen und zu festigen. Durch die Umsetzung und Überwachung eines Verhaltenskodexes für verantwortungsvolles Verhalten wird mehr Transparenz gewährleistet. Das Gremium handelt unabhängig und transparent und wird von Bürgerinnen und Bürgern kontrolliert, was seine Legitimität erhöht. Um wirksam zu sein, muss das Gremium über ein gut zusammengesetztes, multidisziplinäres Team verfügen, das unterschiedliche Perspektiven und schutzbedürftige Gruppen vertritt.

Kurzfassung der Empfehlung:

- Einsetzung eines unabhängigen Vertrauensgremiums zur Ausarbeitung und Durchsetzung eines Verhaltenskodex für EU-Amtsträger, das gegen Hetze und Desinformation vorgeht.
- Das Gremium setzt sich aus multidisziplinären Sachverständigen und nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern zusammen, wobei die Vertretung schutzbedürftiger Gruppen sicherzustellen ist.
- Das Gremium wird die Umsetzung des Verhaltenskodexes überwachen, Daten erheben sowie Anzeigen wegen Hetze durch Politikerinnen und Politiker bearbeiten.

Die Integrität, Transparenz und Legitimität des Gremiums werden durch die Kontrolle seitens der Bürgerinnen und Bürger sowie durch die Rotation seiner Mitglieder gewahrt.

Empfehlung 9 – Zuverlässigkeit, Fakten und Transparenz: Die Finanzierung von Informationen überprüfen und offenlegen

Wir empfehlen, die Medien zur Zusammenarbeit mit unabhängigen Fact-Checking-Organisationen sowie zur Transparenz bezüglich ihrer Finanzierungsquellen zu verpflichten, die Bürgerinnen und Bürger dazu anzuhalten, die Informationen, die sie erhalten, zu überprüfen, sowie den politischen Einfluss der Medien zu begrenzen, wozu folgende Maßnahmen ergriffen werden sollten:

- Festlegung strenger Protokolle für die Überprüfung und Zertifizierung von Informationen bei Einzelpersonen, Vereinigungen und Unternehmen, die einen gewerblichen Zweck verfolgen und/oder öffentliche Mittel verwenden (z. B. Offenlegung ihres Rechtsstatus),
- Unabhängige Medien für eine bessere Quellenvielfalt, Veröffentlichung der Finanzierung von Studien im Rahmen von Zertifizierungen sowie Veröffentlichung der durch die Verbreitung von Informationen Begünstigten,

- Durchführung von Kampagnen zur Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Wichtigkeit der Überprüfung von Informationen,
- Begrenzung der Anzahl der Medieneinrichtungen, die eine Person oder ein Unternehmen besitzen darf (Rundfunk, Fernsehen, soziale Plattformen, Zeitungen usw.),
- Es muss ein „Black Box“-Instrument* geben, das für die Öffentlichkeit leicht zugänglich ist und für Personen oder Unternehmen, die einen gewerblichen Zweck verfolgen oder von Dritten finanziert werden, obligatorisch ist. Diese Personen oder Unternehmen werden im Falle der absichtlichen Verbreitung von Fake News / Hetze mit Strafen belegt, die sich nach ihrem weltweiten Umsatz richten.

Begründung:

Die Verbreitung von Desinformation schürt Spaltung und Hass in unserer Gesellschaft. Indem sichergestellt wird, dass Informationen von unabhängigen Stellen überprüft werden, und indem unabhängige Medien finanziell unterstützt werden, können Missverständnisse und Manipulationen verringert werden. Durch Transparenz in Bezug auf die Finanzierungsquellen von Medien, die von der Verbreitung von Informationen profitieren, wird das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Medien gestärkt. Darüber hinaus ist es für eine besser informierte und gegenüber Desinformation widerstandsfähigere Gesellschaft unerlässlich, die Bürgerinnen und Bürger dazu anzuhalten, gegenüber den Informationen, die sie erhalten, eine wachere und kritischere Haltung einzunehmen. Diese Ansätze tragen dazu bei, eine in stärkerem Maße geeinte Gesellschaft zu fördern und eine Vielfalt von Stimmen im Medienbereich sicherzustellen.

** „Black Box“ versus Mediapart in Frankreich: Transparenz der Quellen, Überprüfungsverfahren, Recherchemethoden, Zusammenhänge und Grenzen, Eigentumsverhältnisse im Medienbereich sowie Medienfinanzierung.*

Kurzfassung der Empfehlung:

- Bereitstellung aller im Hinblick auf die Medientransparenz erforderlichen Informationen
- Finanzielle Unterstützung unabhängiger Medien zur Stärkung der Medienvielfalt
- Begrenzung der Eigentumskonzentration im Medienbereich

Empfehlung 10 – Europa auf Augenhöhe: Partizipative Medien für die Bürgerinnen und Bürger

Wir empfehlen die Ausweitung der Bürgerbeteiligung, um Medieninhalte zu legitimieren und eine von allen getragene Kultur der Gegenseitigkeit und des Respekts zu fördern, durch die der Hass ausgemerzt wird. Diese Beteiligung erfolgt über drei sich gegenseitig ergänzende Kanäle:

1. Eine partizipative Medieneinrichtung, in der die Bürgerinnen und Bürger zu den redaktionellen Entscheidungen beitragen. Dieses System wird sich auf bestehende öffentlich-rechtliche und private Einrichtungen und Unternehmen stützen, die durch neue Finanzmittel Anreize zur Veröffentlichung hochwertiger Informationen erhalten. Den lokalen Kanälen kommt dabei ein besonderer Stellenwert zu, da sie den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten sind, ebenso wie Bürgerforen auf lokaler und nationaler Ebene, um die Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger in diesen Bereichen zu verstehen.

2. Ein Forum für Debatten in Form eines Social-Media-Kanals mit einer ansprechenden und benutzerfreundlichen App, die durch Transparenzregeln geschützt ist,
3. Ein kollaboratives Online-Repositorium, in dem hochwertige Nachrichten und Diskussionen gespeichert werden, damit die Bürgerinnen und Bürger eine gemeinsame Grundlage für die Bildung der Jugend und den Fortschritt in den für die Zukunft der EU wichtigen Themenbereichen aufbauen können.

Mit diesem System sollen die EU-Werte zur Bekämpfung hasserfüllter Äußerungen vermittelt werden, die zuvor in einer gemeinsamen Charta festgelegt wurden. Eine Ombudsstelle und ein Ethikausschuss werden Inhalte filtern, um sicherzustellen, dass sie mit diesen Werten in Einklang stehen; auch die Möglichkeit des Einsatzes von KI ist in Betracht zu ziehen. Zudem wird die Umsetzung dieses Systems von einem engeren Ausschuss von Bürgerinnen und Bürgern überwacht, der sicherstellt, dass die redaktionellen Entscheidungen nicht durch wirtschaftliche oder ideologische Interessen bestimmt werden.

Begründung:

Diese Empfehlung ist wichtig, da sie die Bürgerinnen und Bürger direkt einbezieht und somit eine unmittelbare Legitimierung der Organe und Einrichtungen der EU durch direkte Demokratie erfolgt. Den Bürgerinnen und Bürgern soll auf diese Weise ermöglicht werden, alle gewünschten Informationen zu finden, ohne politisch beeinflusst zu werden (beispielsweise im Sinne einer Übereinstimmung mit der diesbezüglichen Auffassung ihrer nationalen Regierung). Besonderes Augenmerk wird auf die jüngeren Menschen gelegt, da dieses Mediensystem auch Kommunikationsmittel berücksichtigt, die ihnen näher stehen als die traditionellen Fernsehprogramme. Ebenso können durch speziell auf sie zugeschnittene und altersgemäße pädagogische Inhalte und Spiele auch Kinder einbezogen werden. Wir vertreten die Auffassung, dass dieses System wichtig ist, um Desinformation und Hetze vollständig auszumerzen, da es eine Medienplattform sein wird, die keine hasserfüllten Botschaften verbreitet. Da wir wissen, dass die Gefahr besteht, dass die Menschen dieses System nicht nutzen, müssen wir dafür sorgen, dass es attraktiv und ansprechend ist, indem wir ausreichend Finanzmittel in das System investieren.

Kurzfassung der Empfehlung:

- Ausweitung der Bürgerbeteiligung, um der Verbreitung von Hetze über die Medien entgegenzuwirken.
- Drei-Punkte-Ansatz: Medieneinrichtung, Social-Media-Kanal und ein kollaboratives Online-Repositorium.

Überwachung und Filterung mit einem multilateralen Ansatz: eine Ombudsstelle, ein Ethikausschuss und ein Ausschuss zur Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger.

Digitales und Technologie:

Empfehlung 11 – Raus aus der Blase: Förderung unterschiedlicher Perspektiven in den sozialen Medien

Um die Radikalisierung im Internet zu bekämpfen, empfehlen wir, die Social-Media-Plattformen dazu zu verpflichten, die den Nutzerinnen und Nutzern angezeigten Inhalte zu diversifizieren. Durch die Algorithmen werden oftmals Echokammern geschaffen, die einseitige Inhalte liefern und die Nutzerinnen und Nutzer immer tiefer in einen engen Kaninchenbau hineintreiben. Indem wir die Algorithmen so anpassen, dass sie ein breiteres

Spektrum von Standpunkten präsentieren, können wir die Dominanz einer einzigen Perspektive verhindern und ein ausgewogeneres Verständnis von Themen fördern.

Wie soll das geschehen? Bei der von uns vorgeschlagenen Lösung wird sichergestellt, dass der Algorithmus, wenn die Nutzerinnen und Nutzer extremistische Inhalte ansehen, anschließend Inhalte mit entgegengesetzten Standpunkten anzeigt. Durch diesen Ansatz werden die Nutzerinnen und Nutzer dazu gebracht, eine nuanciertere und umfassendere Darstellung zu sehen, wodurch die Inhaltsblasen, die derzeit isolierend wirken, wirksam zum Platzen gebracht werden.

Diese Strategie verringert nicht nur das Risiko einer Radikalisierung, sondern fördert auch das kritische Denken und das Einfühlungsvermögen, indem die Nutzerinnen und Nutzer mit unterschiedlichen Meinungen konfrontiert werden. Die Umsetzung dieser Änderung wird die sozialen Medien zu einem informativeren und ausgewogeneren Raum machen und zu einem gesünderen Online-Umfeld für alle beitragen.

Begründung:

Stärkung des kritischen Denkens: Indem man die Nutzerinnen und Nutzer mit verschiedenen Perspektiven konfrontiert, wird das kritische Denken gefördert und die Menschen werden ermutigt, Informationen gründlicher zu analysieren, was die Anfälligkeit für radikale Ideologien verringert.

Verringerung der Polarisierung: Indem Echokammern aufgebrochen werden, kann dieser Ansatz die gesellschaftliche Polarisierung vermindern und den Dialog und das Verständnis zwischen unterschiedlichen Gruppen fördern.

Besser informierte Öffentlichkeit: Eine ausgewogenere Informationsversorgung sorgt dafür, dass die Öffentlichkeit besser über verschiedene Themen informiert ist, was zu differenzierteren Diskussionen und fundierteren Entscheidungen führt.

Verbesserung der psychischen Gesundheit: Indem vielfältige Inhalte konsumiert werden, können Ängste und Stress reduziert werden, wie sie sich beim Konsum immer gleicher und potenziell schädlicher Informationen ergeben.

Stärkung der Demokratie: Eine Gesellschaft, deren Mitglieder sich einer Vielfalt von Standpunkten ausgesetzt sehen, ist besser in der Lage, demokratische Prozesse zu führen, wodurch eine gesündere und widerstandsfähigere Demokratie gefördert wird.

Die Umsetzung dieser Empfehlung wird die sozialen Medien zu einer Plattform für Bildung und konstruktiven Diskurs machen, was letztlich zu einer besser informierten, kohärenteren und empathischeren Gesellschaft führt.

Kurzfassung der Empfehlung:

- **Diversifizierung der Inhalte:** Die Social-Media-Plattformen sollten verpflichtet werden, ihre Algorithmen so anzupassen, dass sie ein breiteres Spektrum von Standpunkten präsentieren, um Echokammern und einseitigen Inhalten entgegenzuwirken.
- **Ausgewogenheit der Standpunkte:** Es sollte sichergestellt werden, dass der Algorithmus durch das Betrachten extremistischer Inhalte automatisch dazu veranlasst wird, anschließend entgegengesetzte Standpunkte anzuzeigen, um ein nuanciertes Verständnis zu fördern.
- **Verringerung der Radikalisierung:** Durch diese Strategie wird das Risiko einer Radikalisierung verringert, da die Nutzerinnen und Nutzer mit unterschiedlichen Auffassungen konfrontiert werden, wodurch das kritische Denken und die Empathie gefördert werden.

Gesündere Online-Umgebung: Durch die Umsetzung dieser Änderungen wird ein informativerer, ausgewogenerer und gesünderer Online-Raum für alle Nutzerinnen und Nutzer geschaffen.

Empfehlung 12 – Besserer Umgang mit der Anonymität im Internet, um gegen Hass vorzugehen

Wir empfehlen, die Anonymität im Internet zu regeln, damit die Urheber von Hetze besser ausfindig gemacht, strafrechtlichen Ermittlungen unterzogen und von den zuständigen Stellen zur Verantwortung gezogen werden können.

Daher empfehlen wir Folgendes:

- Die EU und die Mitgliedstaaten sollten bestehende und künftige Regelungen und Gesetze anwenden und durchsetzen.
- Einrichtung eines Systems zur Authentifizierung der Identität auf der Ebene eines jeden Mitgliedstaats, bei dem die zur Identifizierung einer Person erforderlichen Mindestinformationen über ein von einer staatlichen Stelle verwaltetes Portal erfasst werden. Dies sollte schrittweise auf der Ebene der EU-Mitgliedstaaten harmonisiert werden.
- Die wichtigsten Social-Media-Plattformen sollten verpflichtet werden, bei der Anwendung bestehender und künftiger Rechtsvorschriften und der Nutzung des Identitätsauthentifizierungssystems besser mit den europäischen und den einzelstaatlichen Behörden zusammenzuarbeiten.
- Sensibilisierung der Online-Nutzerinnen und -Nutzer hinsichtlich ihrer Verantwortung bei der Veröffentlichung von Inhalten, durch eine neue europäische Verhaltens-Charta, die auf den wichtigsten Social-Media-Plattformen sowie über öffentliche Einrichtungen, Schulen und Gemeinschaftsgruppen umgesetzt wird.

Begründung:

Diese Empfehlung ist wichtig, da Hetze, insbesondere im Internet, dramatisch zugenommen hat. Durch eine Regulierung der Anonymität könnten Täterinnen und Täter, die online Hass verbreiten, leichter identifiziert und zur Rechenschaft gezogen werden.

Allerdings muss die Anonymität auf der Grundlage des bestehenden Verständnisses der Freiheit der Meinungsäußerung geschützt werden, um einen freien Austausch von Auffassungen und Standpunkten im Internet sicherzustellen.

Kurzfassung der Empfehlung:

- Die Rechenschaftspflicht in Online-Umgebungen sollte verwirklicht werden.
- Die einschlägigen Regelungen und Rechtsvorschriften sollten wirksamer gestaltet werden.
- Einführung eines europäischen Authentifizierungssystems.
- Sensibilisierung für die Folgen von Hetze.

Empfehlung 13 – EU-Karte „Sicheres Surfen“

Wir empfehlen die Einführung einer EU-Karte für sicheres Surfen für Kinder ab 8 Jahren. Diese Karte sollte auch in einer für ältere Altersgruppen angepassten Version erhältlich sein. Mit

dieser Karte erwerben die Kinder die erforderlichen Kompetenzen, um selbständig und sicher im Internet zu surfen und mit hasserfüllten Inhalten im Netz umzugehen. In einem von zivilgesellschaftlichen Organisationen an den Schulen durchgeführten Lehrgang sollen die Kinder unter anderem Folgendes auf altersgerechte Weise lernen:

- Wie erkenne ich hasserfüllte Inhalte und wie sollte ich reagieren?
- Worauf muss ich achten, damit ich nicht selbst (unwissentlich) hasserfüllte Inhalte verbreite?
- An wen kann ich mich wenden, wenn ich Opfer von Hass werde?
- Wo liegen die Grenzen der Privatsphäre?

Diese Lehrgänge sollten Spaß machen und altersgerecht sein. Die Schulungsbeauftragten (zivilgesellschaftliche Organisationen, nichtstaatliche Organisationen usw.) sollten von der EU und den Mitgliedstaaten in angemessener Weise mit den erforderlichen Finanzmitteln unterstützt werden. Die Schulungsbeauftragten sollten auch mit einer gemeinsamen und standardisierten Terminologie ausgestattet werden. Sobald die Kinder den Lehrgang absolviert haben, erhalten sie eine EU-Karte für sicheres Surfen. Auf nationaler Ebene sollten Eltern und Lehrkräfte in die Förderung und Umsetzung der Karte einbezogen werden (da sie freiwillig ist), während auf EU-Ebene alle Mitgliedstaaten zur Förderung der EU-Karte für sicheres Surfen verpflichtet werden sollten. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob der Zugang zu bestimmten Inhalten im Internet an den Erwerb einer solchen EU-Karte für sicheres Surfen geknüpft werden könnte. Kinder, die eine solche EU-Karte für sicheres Surfen erworben haben, sollten auch die Möglichkeit haben, sich online mit anderen Kindern aus der gesamten EU zu vernetzen.

Begründung:

Unserer Auffassung nach wird sich diese Idee als wirksam erweisen, da vor allem jüngere Kinder stolz darauf wären, einen EU-Ausweis für sicheres Surfen zu besitzen (ähnlich wie beim Fahrradführerschein). Zudem wird durch die Karte für eine Unterstützung der Eltern gesorgt, die oftmals nicht über die erforderlichen Kompetenzen verfügen, um ihre Kinder auf eine sichere Nutzung des Internets vorzubereiten. Zudem können die Eltern den Erwerb der Karte zur Vorbedingung für bestimmte Schritte im Internet machen (z. B. für den Zugang zu einem bestimmten Online-Spiel). Und nicht zuletzt sorgt die Einführung der EU-Karte für sicheres Surfen für einen niederschweligen interkulturellen Austausch zwischen Kindern in den verschiedenen Ländern Europas, wodurch wiederum Toleranz und Empathie gefördert werden.

Kurzfassung der Empfehlung:

- Einführung einer EU-Karte für sicheres Surfen für Kinder ab 8 Jahren, mit Lehrgängen zur Internetsicherheit und zum Umgang mit hasserfüllten Inhalten, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen angeboten werden.
- Bereitstellung von EU-Finanzmitteln und gemeinsamen Standards für die Schulungsbeauftragten sowie Einbeziehung von Eltern und Lehrkräften in die Förderung der Karte.
- Überreichung der Karte nach Abschluss des Lehrgangs, unter Umständen als Vorbedingung für den Zugang zu bestimmten Online-Inhalten.
- Förderung des interkulturellen Austauschs und der Vernetzung zwischen Kindern in der gesamten EU, dadurch Förderung von Toleranz und Empathie.

Empfehlung 14 – KI-gesteuerte Moderation: Schutz vor Hetze in den sozialen Medien

Wir empfehlen die Entwicklung eines KI-Instruments zur Erkennung illegaler Hetze auf Social-Media-Plattformen, um die Einhaltung der EU-Standards sicherzustellen. Dieses Instrument funktioniert folgendermaßen:

Erkennung und Kennzeichnung:

- Erkennt Hetze auf der Grundlage der EU-Definition für „illegale Hetze“.
- Kennzeichnet Beiträge als potenzielle Hetze und benachrichtigt den Urheber.
- Gekennzeichnete Beiträge werden innerhalb von 24 Stunden durch einen menschlichen Moderator überprüft.
- Beiträge, die unter das Recht auf freie Meinungsäußerung fallen, werden freigegeben.
- Beiträge, die illegale Hetze enthalten, werden zur Strafverfolgung an die Behörden weitergeleitet und anschließend gelöscht.

Erkennung vor der Veröffentlichung:

- Erkennt Hetze, bevor der betreffende Inhalt online geht.
- Urheber werden benachrichtigt, wenn ihre Beiträge offenbar illegale Hetze enthalten.
- Die Urheber erhalten die Gelegenheit, ihre Beiträge zu überarbeiten oder ungeachtet des Warnhinweises unverändert zu veröffentlichen.
- Falls der Inhalt veröffentlicht wird, bleibt er gekennzeichnet, bis er von einem Menschen überprüft worden ist, samt eines Warnhinweises hinsichtlich der Rechtmäßigkeit und der Folgen der Veröffentlichung von Hetze.

Die verpflichtende Einführung dieses Instruments in allen sozialen Medien in der EU wird die Online-Sicherheit erhöhen, marginalisierte Gemeinschaften schützen und die Einhaltung der Vorschriften zur Bekämpfung von Hetze sicherstellen, wodurch ein respektvolleres digitales Umfeld gefördert wird.

Begründung:

Verbesserter Schutz: Dieses KI-Tool bietet einen soliden Schutz für marginalisierte Gruppen, indem Hetze erkannt und eingedämmt wird, bevor sie Schaden anrichten kann. Durch die rasche Erkennung und Entfernung illegaler Inhalte schaffen wir ein sichereres Online-Umfeld. **Wirksamkeit und Genauigkeit:** Durch die Kombination von KI-Erkennung und menschlicher Überprüfung wird eine hohe Genauigkeit bei der Identifizierung von Hetze sichergestellt und gleichzeitig die Meinungsfreiheit gewahrt. Der Prozess zur Überprüfung binnen 24 Stunden sorgt für ein Gleichgewicht zwischen Schnelligkeit und Gründlichkeit und minimiert die Verbreitung schädlicher Inhalte.

Rechenschaftspflicht: Indem die Urheber von Inhalten über potenzielle Hetze und deren rechtliche Folgen informiert werden, fördert das Instrument die Rechenschaftspflicht und sorgt für Sensibilisierung. Die Nutzerinnen und Nutzer werden darüber aufgeklärt, was als illegale Hetze einzustufen ist, und so zu einer überlegteren und respektvolleren Kommunikation angeregt.

Präventivmaßnahmen: Die Erkennung vor der Veröffentlichung ermöglicht es den Nutzerinnen und Nutzern, potenziell schädliche Inhalte zu überarbeiten, bevor sie veröffentlicht werden. Dieser proaktive Ansatz trägt dazu bei, die Verbreitung von Hetze zu verhindern, wodurch sich die Notwendigkeit von strafrechtlichen Schritten verringert und eine Kultur des Respekts gefördert wird.

Einhaltung von Rechtsvorschriften: Indem sichergestellt wird, dass auf den Social-Media-Plattformen die EU-Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Hetze eingehalten werden, wird für einen einheitlichen Standard im gesamten digitalen Raum Sorge getragen. Diese Harmonisierung vereinfacht die Durchsetzung und stärkt den Rechtsrahmen gegen Hetze im Internet.

Positiver gesellschaftlicher Wandel: Die Umsetzung dieses Instruments fördert eine integrativere und respektvollere Gesellschaft. Indem wir die Verbreitung von Hetze verringern, fördern wir unterschiedliche Stimmen und Perspektiven und stärken so den sozialen Zusammenhalt und das gegenseitige Verständnis.

Insgesamt stellt dieses KI-Tool einen bedeutenden Schritt in Richtung eines sichereren, respektvolleren Online-Umfelds dar, indem digitale Interaktionen mit den Werten Inklusion und Menschenwürde in Einklang gebracht werden.

Kurzfassung der Empfehlung:

- Entwicklung eines Instruments, das illegale Hetze auf Social-Media-Plattformen erkennt und die folgenden Funktionen umfasst:
- Erkennung und Kennzeichnung potenzieller Hetze gemäß den EU-Standards, Benachrichtigung der Urheber und Weiterleitung zur Überprüfung durch einen Menschen. Illegale Inhalte werden gelöscht und zur Anzeige gebracht; Beiträge, die unter das Recht auf freie Meinungsäußerung fallen, werden freigegeben.
- Scannen von Inhalten vor der Veröffentlichung, Benachrichtigung der Urheber im Falle von potenzieller illegaler Hetze sowie Gelegenheit zur Überarbeitung. Gekennzeichnete Inhalte werden überprüft und mit einem Warnhinweis zur Rechtslage versehen.

Erziehung und Unterricht

Empfehlung 15 – Verbreitung einer von Bürgerforen inspirierten Debattenkultur in den Schulen

Wir empfehlen die Organisation von Mini-Debatten in der Schule, wie z. B. ein „Mini-Bürgerforum“, während der Schulzeit. Der wirksamste Weg, Kinder zum engagierten Debattieren zu bewegen (statt ihnen lediglich Unterricht in „Bürgerkunde“ zu erteilen), besteht darin, die Initiative in einem sicheren Umfeld anzusiedeln, unter Einbindung der Schulgemeinschaft, d. h. der Aufsichtspersonen, Hilfskräfte und Lehrkräfte. So ist beispielsweise die Organisation einer Debatte über die Mahlzeiten in der Kantine unter Berücksichtigung der Gewohnheiten der verschiedenen Religionen eine Möglichkeit, Diskussionen über konkrete Themen zu führen, die die Kinder täglich betreffen, und vom Fachwissen von Mitgliedern der Schulgemeinschaft, wie dem Kantinenpersonal und den Köchinnen und Köchen, zu profitieren. Auch Personen mit einem anderen Hintergrund, die nicht unmittelbar dem Bildungswesen angehören (beispielsweise Angehörige der Polizei), könnten in den Prozess einbezogen werden und den Kindern ihre Arbeit erläutern. Hinsichtlich der Themen, die in diesen Debatten behandelt werden, sollten die Kinder direkt gefragt werden, zu welchen Themen sie ihre Kenntnisse vertiefen wollen. Kinder können jedes Thema erörtern, sofern es an ihr Niveau angepasst und angemessen ist. Um diese Erfahrung und diese Diskussionskultur zu einem EU-weit gemeinsamen Anliegen zu machen, könnten

Schulpartnerschaften sinnvoll sein. So könnten beispielsweise Schuldelegierte, die an einer Debatte teilgenommen haben, im Rahmen eines Austauschs reisen und ihre Erfahrungen und Standpunkte mit Schuldelegierten aus anderen europäischen Ländern teilen. Die „Ergebnisse“ dieser Debatten könnten in die Bürgerplattform für Kinder einfließen.

Begründung:

Junge Menschen sind besonders aufgeschlossen und besser in der Lage, andere Standpunkte zu akzeptieren, was ein wesentlicher Aspekt bei der Bekämpfung von Hass ist. Daher müssen Kinder und Jugendliche (zwischen 6 und 16 Jahren) in der Schule im Hinblick auf Bürgersinn und bürgerschaftliches Engagement sensibilisiert werden. Diese in der Schule organisierten „Foren“ sollten ein Instrument zur Ausbildung der Kinder sein. Die Kultur der Partizipation und die in diesen Debatten erworbenen Kompetenzen können den Kindern ein Leben lang nützlich sein. Die Partnerschaftsprogramme zwischen Schulen könnten sich als wirksam erweisen, da es sich zwar nicht um einen einschneidenden Eingriff in die Lehrpläne der Mitgliedstaaten handelt, aber sehr wohl um eine gemeinsame Initiative, die darauf abzielt, das kritische Denken und das Verständnis der europäischen Kinder zu fördern.

Kurzfassung der Empfehlung:

- Junge Menschen sind besonders aufgeschlossen und besser in der Lage, andere Standpunkte zu akzeptieren.
- Kinder und Jugendliche (zwischen 6 und 16 Jahren) sollten in der Schule Erfahrungen mit der Kultur des bürgerschaftlichen Engagements und mit Debatten machen.

Schulpartnerschaften können für den Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene und für den Austausch und das Verständnis anderer Kulturen und Mentalitäten von Bedeutung sein.

Empfehlung 16 – Stärkung der sozialen und emotionalen Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen, um Hass zu verhindern

Wir fordern kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Stärkung der emotionalen und sozialen Kompetenzen von Kindern. Zu diesem Zweck empfehlen wir, das Lernumfeld in den Schulen zu verbessern und Aktivitäten wie Theater, Kunst, gewaltfreie Kommunikation und staatsbürgerliche Erziehung in den Schulen und in ihrem Umfeld anzubieten, um kritisches Denken, Empathie und emotionale Kompetenzen zu vermitteln. Kurzfristig fordern wir mehr und bessere Forschungsstudien über die Auswirkungen der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zur Prävention von Hass. Kurz- und mittelfristig fordern wir, die Prioritäten von Programmen wie ERASMUS+, CERV oder Programmen, die aus den EU-Strukturfonds finanziert werden, neu auszurichten, um die genannten Aktivitäten an den Schulen und in ihrem Umfeld zu unterstützen, mit denen auf die Prävention von Hass abgezielt wird. Die Europäische Kommission sollte proaktiv auf diese Prioritäten hinweisen und sie auf breiter Ebene kommunizieren (z. B. durch Empfehlungen an die Mitgliedstaaten und Aufforderungen zur Einreichung von Projektvorschlägen) sowie mit der UNESCO und dem Europarat zusammenarbeiten, um eine Abstimmung mit den entsprechenden Programmen dieser Einrichtungen zu erzielen. Schulen, Lehrkräfte und lokale Akteure könnten diese Mittel dann für die Durchführung der Aktivitäten verwenden. Um die soziale Inklusion zu verbessern, sollten die Aktivitäten für alle kostenlos sein. Nach einem Zeitraum von circa 5 Jahren sollte eine ordnungsgemäße Bewertung vorgenommen werden, um die Maßnahmen gegebenenfalls neu auszurichten und zu entscheiden, ob sie wirksam waren. Dadurch könnte

dazu beigetragen werden, die Kapazitäten der EU im Bereich der Hass-Prävention an Schulen zu erhöhen.

Begründung:

Das derzeitige Bildungssystem nimmt die Fragen der emotionalen und sozialen Kompetenzen nicht ernst genug. Schulen sind auch ein Ort, an dem Hass erlebt wird. Kinder werden nicht gut darauf vorbereitet, zu Menschen heranzuwachsen, die sich ihrer Gefühle bewusst sind. Die Schule ist der Ort, den alle Kinder besuchen und an dem sie lernen können, wie man zusammenlebt. Die Schaffung einer guten Lernatmosphäre ist der beste Weg, um Hass zu verhindern. Sich selbst und andere kennenzulernen, ermöglicht ein besseres kritisches und selbstkritisches Denken und mehr Toleranz. Aktivitäten wie Theater, Tanz und gewaltfreie Kommunikation sind gute Möglichkeiten, diese Kompetenzen zu erwerben.

Kurzfassung der Empfehlung:

Eine Lösung zur Prävention von Hass in der Gesellschaft besteht darin, das Lernumfeld an den Schulen zu verbessern sowie an den Schulen und in ihrem Umfeld Aktivitäten wie Theater, Kunst, gewaltfreie Kommunikation und staatsbürgerliche Erziehung anzubieten.

Dadurch können die Kinder emotionale und soziale Kompetenzen erwerben und weiterentwickeln, was zu einem besseren gegenseitigen Verständnis zwischen den Kindern und letztlich zu weniger Hass in der Gesellschaft führt.

Empfehlung 17 – Bildung für alle Generationen und alle Länder in gewaltfreier Kommunikation

Wir empfehlen Folgendes: Kurzfristig sollten (in Anlehnung an Dokumente wie das Handbuch „From Hate Speech to Non-Violent Communication“ (Von der Hetze zur gewaltfreien Kommunikation)) Leitlinien für gewaltfreie Kommunikation erstellt werden, die auf Bildungsmaterialien für Jugendliche und Erwachsene zugeschnitten sind.

- Mittelfristig sollten die Mitgliedstaaten, als Ergänzung zur Arbeitslosenunterstützung, Kurse zur gewaltfreien Kommunikation für Erwachsene ausarbeiten.
- Mittelfristig sollten die Mitgliedstaaten Schulungsmaterialien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erstellen.
- Kurzfristig sollte die EU Videos über die drei Konzepte (TOLERANZ – FREUNDLICHKEIT – NACHSICHT) in Medieninhalten erstellen.
- Mittelfristig sollten die Schulen auch für die Eltern Bildungsangebote zur gewaltfreien Kommunikation (beispielsweise in Schulen) bereitstellen.
- Mittel- und langfristig sollte die EU implizite Textanpassungen (z. B. Schulungen und Prüfungen) vornehmen: Gewaltfreie Kommunikation sollte als Standard in unserer Sprache verankert werden.
- Langfristig sollten die Mitgliedstaaten die Methodik der gewaltfreien Kommunikation in den Prozess zur Wiedereingliederung von Strafgefangenen integrieren.

Begründung:

Kommunikation ist eines der wichtigsten Mittel, um sich im Leben verständlich zu machen, aber sie wird einem nicht beigebracht. Wenn wir diese Kompetenz vermitteln, wird es viel weniger Konflikte und Streitigkeiten zwischen den Menschen geben. Sich der eigenen Gefühle bewusst werden, Selbstreflexion und Einfühlungsvermögen gegenüber anderen. Wenn dies umgesetzt würde, gäbe es viel weniger Hass in Europa. Wir befinden uns derzeit auf dem

Gipfelpunkt des Hasses, danach sollten wir einen Rückgang erleben. Bessere Kommunikation führt zu besserer Zusammenarbeit, was wiederum zu einem geeinteren Europa führen würde.

Kurzfassung der Empfehlung:

- Vermittlung der folgenden zentralen Konzepte: TOLERANZ – FREUNDLICHKEIT – NACHSICHT an die Mitglieder der Gesellschaft, durch direkte und indirekte Bildungsmaßnahmen.
- Verbreitung des Wissens über gewaltfreie Kommunikation und Verbreitung ihrer Anwendung in allen Altersgruppen der Gesellschaft, von Jugendlichen bis zu Erwachsenen, einschließlich der Eltern.
- Nutzung bestehender UN-Leitlinien und Anpassung für Lehrmaterialien.
- Die EU sollte kostenloses Lehrmaterial für Erwachsene (sowohl für die Arbeitswelt als auch für den Bildungsbereich) erstellen.
- Es sollten Medieninhalte zur Sensibilisierung erstellt werden, um diese Methode bekannter zu machen.
- Sämtliche von staatlichen Stellen ausgehende Kommunikation sollte nach den Prinzipien der gewaltfreien Kommunikation erfolgen, als selbstverständliche Art und Weise der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger und soziale Inklusion

Empfehlung 18 – Einrichtung von europäischen Bürgerforen für junge Menschen (16–25 Jahre), um gegen Hass vorzugehen

Bei den europäischen Bürgerforen für junge Menschen sollte wie bei den bestehenden europäischen Bürgerforen ein Auswahlverfahren nach dem Zufallsprinzip angewandt werden, da dies zu einer Vertretung unterschiedlicher Gruppen führt. Diese Foren sollten Themen behandeln, die mit den Herausforderungen und Chancen junger Menschen zu tun haben (z. B. Mobbing, Toleranz, Respekt, Stereotypen und soziale Inklusion). In diesen Foren sollten junge Menschen als Fachleute zu Wort kommen, um ein besseres Verständnis wichtiger Themen zu erlangen und den jungen Menschen zu Gehör auf EU-Ebene zu verhelfen. So könnten beispielsweise junge Menschen, die sich in Vereinigungen zur Bekämpfung von Diskriminierung oder zur Integration von Migrantinnen und Migranten engagieren, als „Fachleute“ und „Informationsquellen“ für das Jugendforum fungieren. Diese Foren sollten auf der Plattform für Bürgerbeteiligung beworben werden (die überarbeitet, interaktiver und „cooler“ gestaltet sowie besser beworben werden sollte).

Begründung:

Junge Menschen sind oftmals nicht an Politik interessiert und gehen immer seltener zur Wahl. Ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter (sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene) werden von älteren Menschen gewählt. Um sich mit der politischen Debatte vertraut zu machen, um zu wissen, was die Europäische Union leistet, und um ein Interesse dafür zu entwickeln, könnte die Teilnahme an einem europäischen Bürgerforum wie dem unseren ein interessantes Instrument sein, durch das ein dauerhafteres Engagement gefördert wird. Die europäische Ebene ist von entscheidender Bedeutung, da die Wahrnehmung der Europäischen Union in vielen Mitgliedstaaten auf „In Brüssel wird entschieden.“ verengt ist. Brüssel wird als „der große Boss, der uns viele Regeln aufzwingt“ wahrgenommen. Ein

Bürgerforum zu erleben, könnte dazu führen, dass junge Menschen sich Europa und anderen jungen Europäerinnen und Europäern näher fühlen. Da junge Menschen zu den Hauptopfern von Hass gehören, ist es von entscheidender Bedeutung, sich auf sie zu konzentrieren.

Kurzfassung der Empfehlung:

Wir empfehlen die Einrichtung europaweiter Foren zur Bekämpfung von Hass speziell für junge Menschen.

Damit werden zwei Ziele verfolgt: das Misstrauen junger Menschen gegenüber Politikerinnen und Politikern zu bekämpfen sowie junge Menschen als Teil der Lösung für die verschiedenen Probleme zu begreifen.

Empfehlung 19 – Entwicklung von Freiwilligendiensten für Erwachsene in lokalen Gemeinschaften

Es muss Zeit für die Teilnahme an diesen Freiwilligentätigkeiten zur Verfügung gestellt werden, z. B. durch bezahlte Freistellung von der Arbeit, die speziell für bürgerschaftliches Engagement vorgesehen ist. Zudem müssen wir auch die Selbständigen berücksichtigen. Wirtschaftliche Vorteile (beispielsweise Steuervorteile) könnten eine große Motivation sein, um das bürgerschaftliche Engagement in verschiedenen Bereichen zu steigern. Schließlich sollte der Bedeutung lokaler Initiativen durch Förderung auf EU-Ebene Rechnung getragen werden: Die EU könnte überall in Europa Anreize für diese lokalen Initiativen setzen und sie unterstützen, indem sie Erfahrung und finanzielle Unterstützung beisteuert. Die Dauer dieses Freiwilligendienstes wäre kürzer als ein Erasmus-Aufenthalt für Arbeitnehmer oder Selbstständige (beispielsweise eine Woche).

Begründung:

Bei der Bekämpfung von Hass ist die lokale Ebene sehr wichtig, und die lokalen Gemeinschaften sind eine wertvolle Unterstützung für den sozialen Zusammenhalt. Freiwilligentätigkeit in Vereinigungen, die beispielsweise die Integration fördern, sollte für alle Altersgruppen zugänglich sein. Die Europäische Union könnte diese Initiativen zur Bekämpfung von Hass auf lokaler Ebene unterstützen und den Erfahrungsaustausch zwischen verschiedenen lokalen Akteuren ermöglichen.

Kurzfassung der Empfehlung:

- Freiwilligendienste sollten für alle zugänglich sein, unabhängig von den wirtschaftlichen oder beruflichen Umständen.
- Die Unternehmen müssen ihren Beschäftigten die Möglichkeit geben, diese europäischen Freiwilligenprogramme auszuprobieren (mit Unterstützung seitens der EU).
- Die Freiwilligentätigkeit und die dabei erworbenen Kompetenzen sollten wertgeschätzt werden.

Empfehlung 20 – Hilfe bei der Reintegration in die Gemeinschaft

Wir empfehlen, dass die EU die Schaffung von Gemeinschaftsräumen zur Unterstützung marginalisierter Menschen fördert. Diese Unterstützung kann je nach Bedarf in verschiedene Richtungen gelenkt werden. Wir empfehlen, den Menschen die Möglichkeit zu geben, eine Arbeit zu finden, als eine Form von persönlicher Autonomie und Stabilität, während gleichzeitig spezifische Unterstützung für jene Gruppen angeboten werden sollte, die mehr Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt haben, z. B. Menschen mit Behinderungen, Flüchtlinge, Obdachlose, Missbrauchsoffer usw. In diesen Fällen könnte die spezifische Hilfe die Erstellung von Bewerbungen, die Vorbereitung auf Vorstellungsgespräche, die Möglichkeit, sich um die Körperhygiene zu kümmern, und die Beschaffung geeigneter Kleidung für die Arbeit umfassen.

Es könnten öffentliche Mittel für diese Art von Initiativen, die durch Gemeinschaften vor Ort getragen werden, bereitgestellt werden, wobei Solidaritätsnetzwerke und Freiwilligeninitiativen, die in der jeweiligen Kommune bereits bestehen, genutzt werden könnten, sodass die finanziellen Aufwendungen für die öffentlichen Haushalte tragbar sind. Es sollten langfristige Zusagen hinsichtlich der Finanzierung dieser Zentren abgegeben werden. Diese Solidaritäts- und Unterstützungsinitiativen sollten zwei Bedürfnissen Rechnung tragen: einerseits spezielle Unterstützung für bestimmte Gruppen zu leisten, die möglicherweise besondere Bedürfnisse haben, und andererseits für verschiedene Randgruppen offen zu bleiben, ohne Prioritätenlisten oder Präferenzen festzulegen, die zu weiterem Hass und weiterer Diskriminierung beitragen könnten.

In diesen Zentren kann gemäß dem jeweiligen Einzelfall spezifische und unmittelbare Hilfe geleistet werden, und zwar von entsprechend ausgebildeten Freiwilligen und/oder Fachleuten, die die Menschen an Stellen weiterleiten können, an denen sie spezifische Hilfe erhalten. Diese Unterstützung steht nicht nur Menschen aus Randgruppen zur Verfügung, sondern allen, die sich in persönlichen Umständen oder Lebenslagen befinden, in denen sie Unterstützung benötigen.

In diesen Gemeinschaftszentren können auch Workshops, Aktivitäten, interkulturelle Begegnungen, Veranstaltungen und Feste stattfinden, die dazu beitragen, ein Gemeinschaftsgefühl zu schaffen und diskriminierende Schranken zu überwinden. Diese Räume sollten menschenfreundlich gestaltet werden, d. h. die Menschen sollten sich willkommen und wohl fühlen.

Es sollten wechselseitige Verpflichtungserklärungen zwischen dem jeweiligen Zentrum, das die Hilfe leistet, und den Begünstigten abgeschlossen werden, die die vereinbarten Ergebnisse innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens erreichen müssen. In besonderen Fällen dauert es möglicherweise länger, bis eine Lösung erzielt ist, was von Fall zu Fall durch Fachleute zu beurteilen ist.

Begründung:

Diese Empfehlung ist wichtig, weil die Menschen in diesen Gemeinschaftszentren sehr viel Hilfe erhalten könnten. Es würde sich um neuartige Einrichtungen handeln, die ihnen Hoffnung und Inspiration geben. Sie würden die psychische Gesundheit verbessern, Menschen mit häuslichen Problemen unterstützen, allen Menschen in prekärer Lage, denen auf diese Weise geholfen werden kann, ein Dach über dem Kopf bieten, den Menschen dazu verhelfen, ihr Grundrecht auf ein menschenwürdiges Leben wahrzunehmen, und den Menschen zu einem sinnvollen Leben verhelfen. Dies ist wichtig, weil die Menschen sich gegenseitig inspirieren,

Beziehungen aufbauen und die Probleme der anderen verstehen können. Die Menschen würden sich nicht stigmatisiert oder abgestempelt fühlen. Wir müssen wieder menschlicher werden (und nicht nur die Technologie beschleunigen, was zu Lasten der Menschlichkeit geht). Die Menschen brauchen Chancen, und durch diese Empfehlung könnten Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Durch die Umsetzung dieser Empfehlung könnte eine integrativere, gerechtere, egalitäre, sinnvollere und empathischere Gesellschaft gefördert werden, in der alle Menschen gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können und in der wir Probleme wie Armut und Obdachlosigkeit nicht normalisieren, da sie Hass erzeugen.

Mit dieser Empfehlung könnte der Gesellschaft auf der untersten Ebene geholfen werden. Was die Wirkung betrifft, so müssen wir globale Antworten auf globale Probleme geben. Sobald Auswirkungen im kleinen Maßstab zu verzeichnen sind, könnte eine Ausweitung erfolgen.

Es bestehen Risiken, wenn die betreffenden Sozialarbeiterinnen und -arbeiter nicht für diese Arbeit gerüstet sind und wenn die Initiative nicht gut konzipiert wird. Weitere Risiken können finanzieller, sprachlicher oder integrationsbezogener Art sein.

Kurzfassung der Empfehlung:

- Die EU sollte die Schaffung von Gemeinschaftsräumen zur Unterstützung marginalisierter Gruppen fördern.
- Die Hilfe sollte auf die Bedürfnisse der jeweiligen Person zugeschnitten sein und von entsprechend geschulten Freiwilligen und/oder Fachleuten geleistet werden. Zwischen dem jeweiligen Zentrum und den Begünstigten sollte eine wechselseitige Verpflichtungserklärung hinsichtlich der zu erreichenden Ergebnisse und des Zeitrahmens abgeschlossen werden, wobei in Sonderfällen eine Verlängerung möglich ist.
- Es sollten langfristige Zusagen hinsichtlich der Finanzierung aus Mitteln der öffentlichen Hand abgegeben werden, wobei bereits bestehende Solidaritätsnetze und Freiwilligeninitiativen genutzt werden sollten.

Empfehlung 21 – Sich um die Menschen kümmern: Beseitigung sozialer Ungleichheit, um Hass in der EU zu bekämpfen

Soziale Ungleichheit ist, wie in der Definition des Problems dargelegt, ist eine der wichtigsten Triebkräfte/Ursachen für Hass in unserer Gesellschaft. Trotz seiner Bedeutung haben sich die Organe und Einrichtungen der EU und die Mitgliedstaaten bislang nicht angemessen mit diesem Problem befasst, was deutlich macht, dass umfassende, von der EU finanzierte Forschungsanstrengungen erforderlich sind, um die Zusammenhänge zwischen sozialer Ungleichheit und Hass zu ermitteln und dagegen anzugehen.

Diese Zusammenhänge zu verstehen, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Ausarbeitung wirksamer politischer Maßnahmen und Eingriffe. Ohne solide empirische Erkenntnisse, die auf qualitativen und quantitativen Daten beruhen, können die Bemühungen zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit in falsche Richtungen gehen oder wirkungslos bleiben. Durch die Einbeziehung sozialer Organisationen bei der Datenerhebung wird sichergestellt, dass die Daten die Realität derjenigen widerspiegeln, die am stärksten von Ungleichheit betroffen sind, und eine genauere und relevantere Grundlage für die Forschung gemäß einem Bottom-up-Ansatz bieten. Durch die regelmäßige Veröffentlichung dieser Erkenntnisse werden die laufenden Bemühungen unterstützt und verfeinert. Die Ergebnisse der Studien können in Sensibilisierungskampagnen einfließen.

Begründung:

Die Entwicklung von Leitlinien und Kampagnen auf der Grundlage gründlicher Forschung ermöglicht gezielte Maßnahmen, die der spezifischen Art und Weise Rechnung tragen, in der soziale Ungleichheit Hass nährt. Durch diesen strategischen Ansatz können soziale Spannungen erheblich abgebaut und der soziale Zusammenhalt gefördert sowie ein systemischer Wandel ermöglicht werden.

Durch die Erhebung von Daten über die Auswirkungen positiver Maßnahmen sowie durch die regelmäßige Veröffentlichung der Erkenntnisse werden Transparenz und Rechenschaftspflicht gestärkt. Dieser Prozess liefert nicht nur Informationsgrundlagen für politische Entscheidungsträgerinnen und -träger sowie Interessengruppen, sondern stärkt auch das Vertrauen der Öffentlichkeit und fördert die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung sozialer Ungleichheit.

Die Festlegung von Standards für überprüfte, vertrauenswürdige Daten und eine harmonisierte Methodik, die sowohl persönliche Stimmen als auch quantitative und qualitative Daten umfasst, gewährleistet die Zuverlässigkeit und Vollständigkeit der Forschung. Die Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit durch umfassende Forschung und Datenerhebung ist von entscheidender Bedeutung für die Eindämmung von Hass und die Förderung eines stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalts in der EU. Dieser Ansatz liefert die notwendigen Erkenntnisse und Instrumente für die Entwicklung wirksamer politischer Maßnahmen und Eingriffe und trägt letztlich zu einer gerechteren und harmonischen sozialen Landschaft bei.

Kurzfassung der Empfehlung:

- Die Organe und Einrichtungen der EU und die Mitgliedstaaten haben sich bislang unzureichend mit sozialer Ungleichheit (als Triebfeder und Ursache von Hass) befasst. Es muss daher mehr geforscht werden, um sicherzustellen, dass die Zusammenhänge zwischen sozialer Ungleichheit und Hass erkannt und angegangen werden.
- Durchführung umfassender, von der EU finanzierter Forschungsarbeiten zum Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Hass, unter Einbeziehung unterschiedlicher Akteure bei der Datenerhebung. Nutzung der Erkenntnisse zur Ausarbeitung gezielter Maßnahmen und Sensibilisierungskampagnen, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken.
- Einbindung von nichtstaatlichen Organisationen, Mitgliedstaaten und Forschungseinrichtungen in eine umfassende Datenerhebung mit qualitativen und quantitativen Methoden.
- Sicherstellung der regelmäßigen Veröffentlichung der Erkenntnisse.